

**Offener Brief
an die Bürgermeisterin der Gemeinde Wandlitz**

Frau Dr. Radant
Prenzlauer Chaussee 157
16348 Wandlitz

Wandlitz, 11.07.2019

Einspruch gegen falsche und fehlende Darstellungen der Wahlergebnisse vom 26.05.2019 in der Gemeinde Wandlitz

Sehr geehrte Frau Dr. Radant,
sehr geehrte Bürgermeisterin der Gemeinde Wandlitz,

am 20. Februar 2014 und am 19. Oktober 2014 habe ich mich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Wandlitz in offenen Briefen zum Thema

„Die Daseinsvorsorge wurde von der E.ON Energie Deutschland GmbH endgültig abgeschafft“.

persönlich an Sie gewandt. Auf beide Briefe habe ich von Ihnen bis heute keine Antwort erhalten

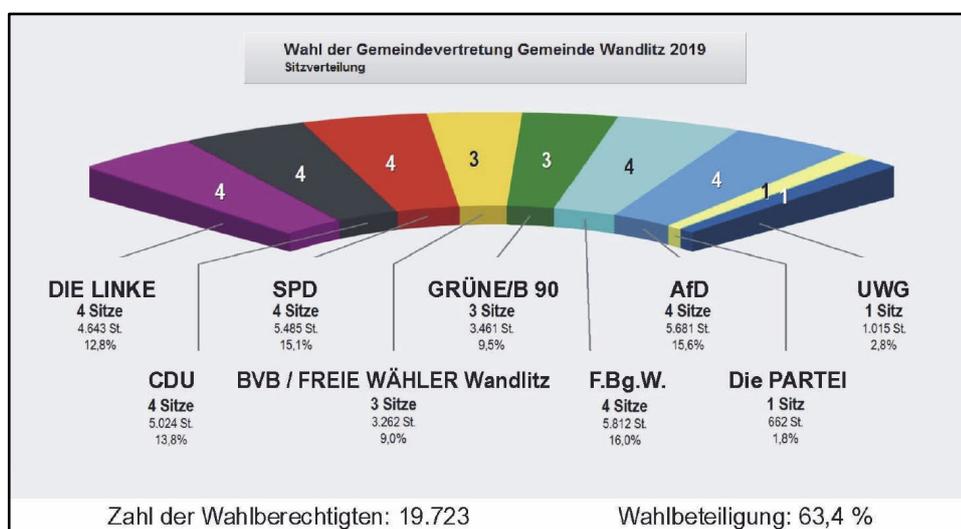
([http://www.dr-schacht.com/Offener Brief an die BM der Gemeinde Wandlitz Februar 2014.pdf](http://www.dr-schacht.com/Offener_Brief_an_die_BM_der_Gemeinde_Wandlitz_Februar_2014.pdf)

[http://www.dr-schacht.com/Offener Brief an die BM der Gemeinde Wandlitz 19 Oktober 2014.pdf](http://www.dr-schacht.com/Offener_Brief_an_die_BM_der_Gemeinde_Wandlitz_19_Oktober_2014.pdf)).

Da sich an diesem seltsamen Zustand unter Ihrer Führung in der Gemeinde Wandlitz kaum etwas ändern wird, sehe ich mich nach aktiver Teilnahme an den Europawahlen, der Wahl der neuen Gemeindevertretung, der neuen Ortsbeiräte und des neuen Kreistages im Mai 2019 angesichts Ihrer

- Amtlichen Bekanntmachungen vom 12. Juni 2019 (siehe **Amtsblatt für die Gemeinde Wandlitz Nr. 8/2019**) und Ihrer
- Amtlichen Bekanntmachungen vom 10. Juli 2019 (siehe **Amtsblatt für die Gemeinde Wandlitz Nr. 10/2019**)
(<https://www.wandlitz.de/amtsblatt/index.php>)

gezwungen, von meinem demokratischen Recht des öffentlichen Einspruchs erneut Gebrauch zu machen.



In der Amtlichen Bekanntmachung vom 12. Juni 2019 (siehe Bild oben) haben Sie uns offiziell mitgeteilt, dass von den **19.723 Wahlberechtigten** Ihrer Gemeinde **63,4 %**, d.h. **12.504** Bürgerinnen und Bürger an der Wahl der Gemeindevertretung teilgenommen haben. Weil jeder Wahlberechtigte 3 Stimmen für einen oder mehrere Wahlkandidaten abgeben durfte, beträgt für alle Analysen und statistischen Auswertungen die „Anzahl der Wahlberechtigten“ zwangsläufig nicht **19.723**, sondern

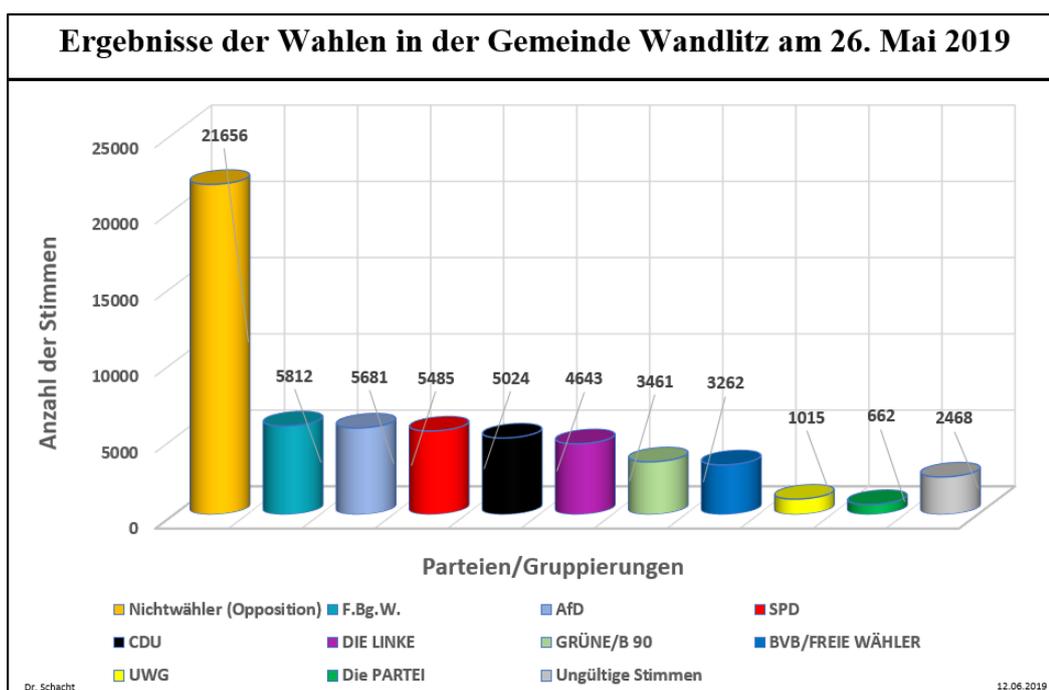
$$19.723 \cdot 3 \equiv 59.169.$$

Bei der von Ihnen berechneten Wahlbeteiligung von **63,4 %** müssten demnach die 9 Parteien **37.513** und nicht **35.045** Stimmen erhalten haben. Genau **2.468** Stimmen fehlen! Auf der Grundlage Ihrer eigenen Zahlen und Darstellung ergibt sich deshalb nur eine Wahlbeteiligung in Höhe von

59,2 %.

Wie viele von den abgegebenen Stimmen aus verschiedenen Gründen ungültig waren, haben wir von Ihnen bisher nicht erfahren. Warum? Wir wissen es nicht! Vielleicht sind das die fehlenden **2.468** Stimmen, die in **Ihrer Gesamtbilanz** zu einer Wahlbeteiligung in Höhe von **63,4 %** führen? Eine korrekte, wissenschaftliche Auswertung und Darstellung der Wahlergebnisse erfordert auf jeden Fall die Einbeziehung der Nichtwähler (Opposition) und der ungültigen Stimmen. Deshalb schlagen wir Ihnen folgende richtige, anschauliche, und für alle Wählerinnen und Wähler allgemeinverständliche Darstellung der Wahlergebnisse für die Gemeinde Wandlitz vor:

Partei/Gruppierung	Stimmen	Stimmen in	nur Stimmen	Anteil d. Sitze in	Sitze	Begründung
	absolut	%	für Vergabe d. Sitze	%	absolut	für Sitzvergabe
Nichtwähler (Opposition)	21656	36,6	0	-	-	-
F.Bg.W.	5812	9,8	5812	16,6	5	> 4
AfD	5681	9,6	5681	16,2	5	> 4
SPD	5485	9,3	5485	15,7	4	4
CDU	5024	8,5	5024	14,3	4	4
DIE LINKE	4643	7,8	4643	13,2	4	> 3
GRÜNE/B 90	3461	5,8	3461	9,9	3	> 2
BVB/FREIE WÄHLER	3262	5,5	3262	9,3	3	> 2
UWG	1015	1,7	1015	2,9	0	< 1
Die PARTEI	662	1,1	662	1,9	0	< 1
Ungültige Stimmen	2468	4,2	0	-	-	-
Summe	59169	100,0	35045	100,0	28	



Bei der Sitzverteilung ist Ihnen offensichtlich ein Fehler unterlaufen, den Sie bitte korrigieren wollen.
In den Wahlen am 26. Mai 2019 haben die Wählerinnen und Wähler von Wandlitz ihre Stimmen **separat** auch für die nachstehend genannten Kandidaten der drei Parteien DIE LINKE (Liste1), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Liste 5), UWG (Liste 15) abgegeben:

Frau Dr. Maria Kalinowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Gabriele Bohnebeck (DIE LINKE)

Herrn Jörg Striegler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kerstin Berbig (DIE LINKE)

Herrn Frank Bergner (DIE LINKE)

Frau Katja Hoyer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Jürgen Krajewski (UWG)

Frau Isabella Czok-Alm (DIE LINKE)

In der Amtlichen Bekanntmachung vom 10. Juli 2019 teilen Sie uns lakonisch mit, dass die o.g. drei Parteien eine Listenvereinigung gebildet haben. Wie sollen wir das verstehen? Ist es in einer Demokratie rechtlich zulässig und politisch tragbar, dass drei Parteien mit unterschiedlichen Programmen und Zielstellungen unmittelbar **nach der Wahl** in der Gemeinde Wandlitz eine so genannte Listenvereinigung bilden? Haben sie (die o.g. drei Parteien) am 26. Mai 2019 dafür das Mandat „ihrer“ **9.119 Wähler** erhalten? Oder haben sie ihre Wähler aus taktischen Gründen einfach nur getäuscht und betrogen? Haben uns Ihre Politiker erneut vorgegaukelt, wir hätten ein Mitspracherecht? Ein Mitspracherecht haben wir in Ihrer Gemeinde nicht! Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden wir es auch künftig nicht haben!

Über die Ergebnisse der Europawahlen in Wandlitz gibt es in Ihren Amtlichen Bekanntmachungen bis heute keinerlei Informationen und Auswertungen. Sicher ist auch das kein Zufall!

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie bis zur Wahl des neuen Bürgermeisters die Wahlergebnisse der Europawahlen in der Gemeinde Wandlitz in einer klaren und allgemeinverständlichen Form im Amtsblatt veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Wolfgang Schacht

Kommentare

Sehr geehrter Dr. Schacht,

die Bildung von Listenvereinigungen ist gesamtdeutsch dem bürgerlichen Parlamentarismus geschuldet und dient letztendlich dazu, sich möglichst viele Sitze in den jeweiligen Fach- Ausschüssen, zu sichern. Das geht bis zu deren Vorsitzende in den jeweiligen Ausschüssen.

Das hat wie alles im Leben in diesem System Vor -und Nachteile (für mich persönlich bleibt es trotzdem stets demokratisch ungerecht).

Damals als gewählter Linker in meiner damaligen Gemeinde hat die Vorherrschende CDU mit der SPD, FDP und zwei Einzelkandidaten eine solche Listenvereinigung gebildet und uns 2 Linke aus dem wichtigsten Hauptausschuss draußen gehalten, obwohl jeder von uns beiden Linken mehr Stimmen hatte als die Einzelpersonen der FDP, SPD und der beiden Einzelkandidaten.

Diese Vertreter von SPD, FDP usw. hatten somit mehr demokratische Mitbestimmungsrechte, trotz weniger Stimmer als wir und wurden dafür bedankt mit Stellv. Ausschussvorsitzende usw. Allerdings waren Sie dann über die gesamte Wahlperiode auch bei den Abstimmungen in der Bringschuld gegenüber der dominanten CDU und haben somit nicht nur gegen ihre eigene Überzeugung sondern auch mit Sicherheit gegen Beschlüsse ihrer eigenen Partei verstoßen.

Das war der Nachteil!!!

Der "Vorteil" ist, man kann mit der gleichen Vorgehensweise jede Rechtsextreme Partei, Wählervereinigung, Einzelperson von wichtigen Entscheidungsämtern ausschließen.

Wie man es auch drehen will, es bleibt undemokratisch!!!! Allerdings nicht in diesem System, denn es ist ja genauso zu deren Machterhalt aufgebaut. Auf der anderen Seite muss ja erstmal geklärt werden, was man unter demokratischer Mitbestimmung versteht.

Prekär ist für mich persönlich dabei, dass gerade die Linkspartei sich dermaßen an dieses System angepasst hat, dass von ihr als Hoffnungsträger für viele Lohnabhängige, sozial Benachteiligte in diesem System usw. keine Änderung mehr zu erwarten war und zukünftig ist.

Da ich persönlich gerade gegen diese Machenschaften in meiner damaligen Partei gekämpft hatte, leider erfolglos und dabei gemobbt wurde, habe ich diese Partei 2014 verlassen.

Sie haben im Prinzip Recht, dass gerade DIE LINKE mit der Listenbildung schon Verrat begeht (auch die anderen Parteien - die sollten aber nicht Maßstab von uns Linken sein). Was danach vielfach folgt, ist die Fortsetzung dieses Verrats. Der mündige Bürger kennt weitestgehend nicht diese parlamentarischen Spielchen, weil alles sehr unübersichtlich aufgestellt ist. Das hat aber alles System.

Letztendlich beweist es nur, man darf nicht nur die Köpfe auswechseln, man muss das gesamte System verändern!!!

Mit solidarischen Grüßen

Carsten Hanke

<http://www.hanke-mv.de/>

Sehr geehrter Dr. Schacht,

vielen Dank für die aus meiner Sicht, aussagekräftige Analyse.

So wie in Wandlitz wird es bestimmt in anderen Regionen auch praktiziert.

Halbwahrheiten und Täuschung gehören zum Handwerk dieser Leute.

Bezüglich des Anschreibens an die BM'in habe ich auch die Erfahrung gemacht, dass von einer Kommune gar keine oder höchst selten eine Antwort kommt. ...

Beste Grüße

D. Ammer
